

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt

AUSGABE FÜR GRAZ-UMGEBUNG



Ausgabe 9, Oktober 2019 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO**

Landtagswahl 24.11.2019

Das Leben wieder leistbar machen



Landtagswahl Steiermark 24. November 2019

Verändere das Land, weil Du es kannst.

IN DER STEIERMARK ~~Ö~~KPÖ

KPÖ



Kinderbetreuung bleibt Mangelware

Der Engpass an Plätzen in Kinderkrippen und Kindergärten ist weiter großes Thema in Graz-Umgebung.

Schon letztes Jahr im Herbst berichtete das Stadtblatt über einen Engpass bei der Kinderbetreuung. Nun war den Medien zu entnehmen, dass es die Gemeinde Lieboch ist, die einen eklatanten Mangel an Kindergarten- und Kinderkrippenplätzen aufweist. Aktuell bedient man sich einer Notlösung: Familien, die keinen Platz bekommen, können ihre Kinder nach Lannach schicken und bekommen dafür eine finanzielle Unterstützung. Nicht nur in Lieboch, auch in den anderen Gemeinden in GU ist die Auslastung der Betreuungseinrichtungen sehr hoch. Sowohl das Land Steiermark als auch die Gemeinden wären gefordert, hier eine Lösung im Sinne der Familien zu finden, damit Kinder eine qualitätsvolle Betreuung in ihrer Heimatgemeinde finden können.

Weniger Platz für Kinder

Die Landesregierung hat es allerdings verabsäumt, die nötigen Rahmenbedingungen zu setzen. Erst im Oktober dieses Jahres wurde ein neues Kindergartenengesetz mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP beschlossen. Von großen Ankündigungen im Vorfeld ist allerdings nicht viel übergeblieben. „Das Gesetz ist eine Ansammlung vergebener Chancen“, sagt KPÖ-Klubobfrau

Claudia Klimt-Weithaler. Sie ist selbst ausgebildete Elementarpädagogin. Oft sind mangelnde Betreuungsplätze darauf zurückzuführen, dass den Pädagogen und Pädagoginnen keine entsprechenden Arbeitsbedingungen geboten werden können. Eine Untersuchung der Arbeiterkammer ergab, dass 30 Prozent der befragten PädagogInnen Burnout-gefährdet sind, weitere 22 Prozent sind in einer niedrigen Burnout-Stufe und etwa 3 Prozent bereits arbeitsunfähig. Als Hauptgründe für die Überlastung wurden angegeben: zu wenig Personal, nicht genügend Vorbereitungszeit, Mehrarbeit und Überstunden. Das sollte sich durch das neue Gesetz eigentlich ändern – geschehen ist aber nichts dergleichen, kritisiert Klimt-Weithaler: „Einiges wird sogar schlechter, als es bisher war: Kinder müssen nun bis zu sieben Stunden ohne Mittagessen auskommen und den Kindern steht viel weniger Platz zur Verfügung als bisher.“

„Bildung unserer Kinder muss uns etwas wert sein“

In vielen Fällen wäre das



Es braucht nicht nur mehr Betreuungsplätze, sondern auch solche mit Qualität.

Gegenteil richtig: Die Gruppen gehören dringend verkleinert. Der Berufsverband macht darauf aufmerksam, dass die Spannungen zunehmen. „Das ist weder für die Kinder gut, noch für die Beschäftigten“, so Klimt-Weithaler. Es sei unerlässlich, dass das Land Steiermark und die Gemeinden Geld in die Hand nehmen. Nur so kann eine wertvolle Bildung auch für die Kleinsten garantiert

werden.

Zudem müsse mehr auf diejenigen gehört werden, die tagtäglich mit den Kindern arbeiten. Aus diesem Grund hat die KPÖ bereits 2012 einen Kindergarten Gipfel einberufen, bei dem sich regelmäßig ElementarpädagogInnen treffen, austauschen und Forderungen zur Verbesserung der Situation in Kindergärten und -krippen ausarbeiten.

Sozialberatung der KPÖ in Gratwein



**Am 11. November 2019
findet
von 15 bis 17 Uhr
eine Sozialberatung der KPÖ im
Marktcafé in Gratwein,
Hauptplatz 2, statt.**



Sie sind herzlich eingeladen, mit Ihren Fragen und Anliegen vorbeizukommen!

**Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag Steiermark,
und Sozialarbeiter Phillip Reiningger helfen Ihnen gerne weiter.**

Kein Anliegen ist zu gering!



**Bei Fragen melden Sie sich
unter Tel. 0316 / 877 5105**



Helfen statt reden

So lautet ein Motto der KPÖ Steiermark. Seit mehreren Jahren hält KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler mit dem Sozialarbeiter Phillip Reininger eine unbürokratische Beratung im Bezirk Graz-Umgebung ab.

Das Marktcafé ist ein behagliches Lokal am Gratweiner Hauptplatz. Hier treffen sich Menschen aus der Gegend, um gemütlich einen Kaffee zu trinken und vielleicht eine der schmackhaften Mehlspeisen zu probieren, die in der Vitrine gleich beim Eingang Lust auf Süßes machen. Die Gaststube bietet die Möglichkeit, sich gut zu unterhalten. Man kann hier für sich sein, sich in Ruhe austauschen. Auch deshalb ist es ein idealer Ort für die Sozialberatung, die die steirische KPÖ hier seit einigen Jahren für Menschen aus Graz-Umgebung anbietet. „Die Zusperr- und Kürzungspolitik, die wir in Österreich und der Steiermark in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, betrifft viele Menschen“, erklärt Claudia Klimt-Weithaler. Sie ist seit 2010 Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag.

„Kein Anliegen ist zu klein“

Es sind immer wieder vermeintliche Kleinigkeiten, die Menschen unverschuldet vor große Probleme stellen. „Das kann sein, dass eine Waschmaschine kaputtgeht und man nicht weiß, wie man sie ersetzen soll. Oder es kommt zu einem Notfall und plötzlich fehlt das Geld, um die Miete zu bestreiten. Oft brauchen die Leute aber auch nur jemanden, der ihnen hilft, die ganze Bürokratie in Ruhe durchzuarbeiten, die einem bei den zuständigen Stellen begegnet“. So beschreibt Klimt-Weithaler die Bandbreite der Themen bei der Sozialberatung. Etwa sei einmal ein Herr gekommen, der mit einer massiven Erhöhung der Betriebskosten konfrontiert war. Die KPÖ



Claudia Klimt-Weithaler und Phillip Reininger helfen schnell und unbürokratisch.

hat ihm geholfen, zu überprüfen, ob diese rechtens ist. Die Erhöhung war zwar enorm, allerdings im rechtlichen Rahmen, weshalb die KPÖ mit einer Unterstützung half. Bei den Wohnkosten merke man die starke Teuerung auch im Bezirk Graz-Umgebung, berichten Reininger und Klimt-Weithaler. Um ganze 24 Prozent sind die Mieten in der Steiermark über die letzten zehn Jahre gestiegen. Löhne und Gehälter halten da bei Weitem nicht mit.

Viele Menschen würden auch nicht alle Möglichkeiten der Unterstützung kennen, die Ihnen vielleicht zustehen. Klimt-Weithaler „Einmal war eine ältere Frau mit recht geringer Pension bei uns. Sie hat beispielsweise Anspruch auf eine Befreiung von den GIS-Gebühren gehabt, das aber gar nicht gewusst.“ Schon solche vergleichsweise kleinen Summen können für viele Menschen eine große Erleichterung bringen. „Deshalb gilt bei der KPÖ-Sozialberatung: Kein Anliegen ist zu gering!“

Helfen statt abkassieren

In manchen Situationen muss schnell geholfen werden. Ein Herr, der zu der Sozialsprechstunde

gekommen ist, hatte aufgrund der Verkettung verschiedener Umstände nicht die Möglichkeit, seine Miete für das kommende Monat zu bezahlen. Er hatte Angst, dass dies zu einer Delogierung führen könnte. „In solchen

Fällen, kann die KPÖ auch eine finanzielle Unterstützung in einem bestimmten Ausmaß anbieten. Schnell und unbürokratisch.“

Claudia Klimt-Weithaler weist auf die Gehaltsregelung der KPÖ. Mandatare und Mandatarinnen der KPÖ behalten sich maximal 2.300 Euro ihres Polit-Gehalts selbst. Mit dem Rest hilft man Menschen in Notlagen, die vielleicht anderswo keine Unterstützung bekommen. Klimt-Weithaler gibt selbst pro Monat rund zwei Drittel ihres Nettogehalts an Menschen weiter. Neben den Spenden hat die Gehaltsregelung auch eine andere Wirkung: Sie soll garantieren, dass die Politikerinnen und Politiker der KPÖ nicht ein Vielfaches des Einkommens der Leute verdienen, die sie vertreten. „Uns ist es wichtig, Bodenhaftung zu bewahren“, so Klimt-Weithaler, die auch Spitzenkandidatin der KPÖ bei der Landtagswahl am 24. November ist. „Wir machen Politik für die Menschen, nicht des Geldes wegen.“

Plabutsch-Gondel:

Am 4. September machte der Grazer Bürgermeister Nagl einen Rückzieher von seinem Prestigeprojekt: die Plabutsch-Gondel wird diese Regierungsperiode (bis 2022) nicht kommen. Doch ist dies mit Vorsicht zu genießen, denn die Plannungen laufen von Seiten der Stadt Graz weiter.

Deswegen luden KPÖ-Stadträtin Elke Kahr und KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler zu einem Infoabend in Thal ein. „Es ging uns darum, dass die Bevölkerung von Thal die Möglichkeit erhält, sich zur Plabutsch-Gondel zu äußern“,

so Klimt-Weithaler. Vor allem die Dimension der geplanten Gondel macht die Bevölkerung skeptisch. „Auf den Schöckl führt eine 4er-Gondel. Warum ist für den viel niedrigeren Plabutsch eine 10er-Gondel geplant? Was steckt dahinter?“, rätseln die Leute, welchen Rattenschwanz eine Gondel nach sich zieht. Statt einer Gondel über den Plabutsch, würden sich die Thaler und ThalerInnen lieber eine direkte und besser frequentierte Busverbindung in die Grazer Innenstadt wünschen. Ebenfalls sind die Bürgerinnen und Bürger besorgt, die Beteiligungskosten auf die Gemeinde Thal bei einem möglichen Bau zukommen würden.

**Gemeinderatswahl 2020****Mitmachen!****Liebe Leserinnen und Leser
in GRAZ UMGEBUNG**

Im November wird ein neuer Landtag gewählt, im März ein neuer Gemeinderat. Beides sind wichtige Wahlen, denn alles was im Land und in der Gemeinde entschieden wird, hat Einfluss auf unser tägliches Leben.

Die KP tritt bei beiden Wahlen an. Wir sind eine kritische Opposition. Wir zeigen auf, was unserer Meinung nach falsch läuft und versuchen Alternativen aufzuzeigen und Verbesserungen zu erreichen.

Wir haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Menschen. Mit unserem Grazer Stadtblatt informieren wir über Dinge, die sonst hinter verschlossenen Türen verborgen bleiben.

Sie möchten aktiv werden und eine starke Stimme für die Menschen sein? Dann unterstützen Sie uns im Wahlkampf oder kandidieren Sie bei den nächsten Gemeinderatswahlen mit der KPÖ

Kandidiere 2020 für die KPÖ im Gemeinderat!
Melde Dich bei telefonisch unter 0316/877 5105
oder per Mail an ltk-kpoe@stmk.gv.at

**KOMMENTAR****KPÖ** im LandtagEin Kommentar
von Claudia Klimt-Weithaler**Eigentlich
unglaublich!**

Was die letzten Wochen an Enthüllungen zu Tage gefördert haben, kann man kaum glauben. Da wird dem ehemaligen Vizekanzler von seiner Wiener Partei ein Wohnkostenzuschuss für ein Haus in Niederösterreich in Höhe von 2.500 Euro monatlich gewährt. Und das bei einem Monatsgehalt von über 19.000 Euro brutto. Als wäre das nicht genug, wird nun in den Medien kolportiert, seine Frau, die ehrenamtliche Tierschutzsprecherin der Partei, habe monatlich ebenfalls ein Gehalt von 9.500 Euro bezogen. Und dann geistern da noch die Vorwürfe zum üppigen Spesenkonto herum.

Eines mag freilich keiner glauben, nämlich, dass hier zwei Einzelpersonen gehandelt haben und dies in der FPÖ sonst niemandem bekannt ist. Bei Vorgängen dieses Ausmaßes steckt ein System dahinter, das nicht mit einem einzelnen Rücktritt aus der Welt geschafft ist.

Im Gegensatz dazu sieht das System der KPÖ eine Gehaltsobergrenze von monatlich 2.300 Euro netto aus Politikerbezügen vor, der Rest geht an Menschen in Not. Damit bleibt der Bezug zur Lebensrealität der arbeitenden Menschen gewährleistet.

LABg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

vorerst abgesagt

Claudia Klimt-Weithaler und Elke Kahr hörten sich die Sorgen der Bevölkerung von Thal bezüglich der Gondel sehr genau an.

**Neues Kindergartengesetz ist
Enttäuschung**

Der steirische Landtag hat letzte Woche ein neues Kindergartengesetz beschlossen. Nach jahrelanger Debatte und vielen Ankündigungen ist es allerdings kein großer Wurf, sondern in manchen Bereichen sogar ein Rückschritt. Das kritisierte LABg. Claudia Klimt-Weithaler und ausgebildete Elementarpädagogin.

Die Situation der Beschäftigten in der Steiermark ist äußerst unbefriedigend. Eine Untersuchung der Arbeiterkammer ergab, dass 30 % der befragten PädagogInnen Burnout-gefährdet sind, weitere 21,8 % sind in einer niedrigen Burnout-Stufe und

etwa 3 % bereits arbeitsunfähig. Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist sehr enttäuschend, dass es nach so langen Diskussionen, so vielen Argumenten und großen Ankündigungen nichts Besseres gibt als dieses Gesetz. Kinder, Eltern und Beschäftigte hätten sich einen größeren Wurf verdient.“

Eltern von Kindern unter drei Jahren können zwar um die Landesbeihilfe ansuchen, müssen aber oft höhere Kosten in Kauf nehmen, als dies bei einem Sozialstaffel-Modell der Fall wäre. Ein Antrag der KPÖ, die Sozialstaffel auf diese Kinder auszuweiten, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Pendeln mit dem Fahrrad

Immer mehr Menschen pendeln mit dem Fahrrad aus den Grazer Umlandgemeinden in die Stadt. Damit dies künftig noch leichter geht, sollen die Radwegnetze verbessert werden.

Viele Leute, die im Bezirk Graz-Umgebung leben, arbeiten in der Stadt Graz. Das Fahrrad wird immer beliebter, wenn es um den täglichen Weg nach Graz geht. Unterstützt wird dieser Trend davon, dass zunehmend auch Elektrofahrräder genutzt werden. Längere Radstrecken sind so einfacher zu bewältigen.

Studie für bessere Radwege

Im Rahmen einer Studie des Landes Steiermark und der TU Graz wird aktuell erhoben, wie ein künftiges Radverkehrsnetz im steirischen Kernballungsraum ausschauen soll. Erste Ergebnisse sollen Ende dieses Jahres vorliegen. Die Grundlagen für die Netzstudie liefern einerseits Daten über mit Handy-Apps erhobene Bewegungsprofile von Radfahrern und Daten darüber, wo Siedlungsentwicklung und Arbeitsplätze jetzt und künftig für



Das Fahrrad wird von Menschen aus den Grazer Umlandgemeinden zunehmend zum Pendeln in die Stadt genutzt.

Bedarf sorgen. So soll Pendlern und Pendlerinnen, die schon jetzt das Rad nutzen oder jenen, die aufs Fahrrad umsteigen wollen, ein besseres Infrastruktur-Angebot gemacht werden. Auch andere große Ziel- und Quellpunkte, wie Großbetriebe, Schulen oder Krankenhäuser sollen in die Studie und die darauf fußende

Planung von neuen Routen einfließen.

Erstmals wird damit strategisch an einem gezielten Ausbau der Radwege gearbeitet, um eine möglichst flächendeckende und direkte Erreichbarkeit mit dem Fahrrad zu ermöglichen. „Heute ist der Großteil der über die Stadtgrenze abgewickelten Mobilität

Autoverkehr. Mit dem laufenden Ausbau der S-Bahn und der Regio-Busse einerseits und des Radverkehrsnetzes andererseits können hier sicher nennenswerte Anteile Richtung Umweltverbund verlagert werden, was ja unser Ziel ist“, unterstreicht die Grazer Verkehrsstadträtin Elke Kahr (KPÖ).

Beschränkung der Wahlkampfkosten kommt

Im steirischen Landtag wurde beschlossen, dass die Wahlkampfkosten bei Landtagswahlen künftig eine Million Euro pro Partei nicht mehr übersteigen dürfen. Auf Drängen der KPÖ wurde die ursprünglich vorgesehene automatische jährliche Erhöhung dieses Betrags (Indexierung) fallengelassen.

Dadurch wird verhindert, dass der Betrag von Wahl zu Wahl automatisch ansteigt. „Solange wichtige Leistungen für die steirische Bevölkerung nicht auch automatisch erhöht werden, ist das

auch bei den Wahlkampfkosten nicht vertretbar“, so KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

Alle Parteien haben sich auf eine Beschränkung der Wahlkampfkosten auf 1 Mio. Euro pro Partei ausgesprochen. Die Regelung soll schon bei der Landtagswahl am 24. November gelten. Im Gesetz sind auch Strafzahlungen bei Überschreitung des Kostenlimits vorgesehen. Damit bekommt ein Antrag, den die KPÖ bereits 2009 und danach immer wieder eingebracht hat, endlich eine Mehrheit.

„Der selbst auferlegte Druck mancher Parteien, möglichst große Summen in Wahlwerbung zu stecken, führt zur finanziellen Abhängigkeit dieser Parteien von finanzkräftigen Spendern und zu gigantischer Geldverschwendung“, so die KPÖ-Abgeordnete.



IN DER STEIERMARK

Claudia Klimt-Weithaler
und Elke Kahr laden ein:

KPO



» SCHÖNER WOHNEN «

TAGUNG ZU LEISTBAREM WOHNEN

30. OKTOBER 9–17 UHR

**BILDUNGSVEREIN
DER KPÖ STEIERMARK
LAGERGASSE 98a**

ANMELDUNG & INFOS:
www.kpoe-bildungsverein.at

REFERENTINNEN

HEINZ SCHOIBL BAWO, WIEN
„Wohnen für alle. Leistbar. Dauerhaft. Inklusiv“

ELKE KAHR KPÖ-STADRÄTIN, GRAZ
„Sozialer Wohnbau als Chance“

ANDREJ HOLM HUMBOLDT-UNIVERSITÄT, BERLIN
„Anforderungen an eine soziale Wohnversorgung
und Instrumente der Wohnungspolitik“

WALTER ROSIFKA ARBEITERKAMMER WIEN
„Leistbares Wohnen – Welche rechtlichen und
ökonomischen Rahmenbedingungen müssen
wie geändert werden?“